



Für ein sozialeres Europa: Der ESF+ in der Förderperiode 2021-2017

-nur das gesprochene Wort zählt-

**Sehr geehrter Herr Minister Lucha,
meine Damen und Herren,
liebe Mitglieder der ESF-Familie in Baden-Württemberg**

Herzlichen Dank für die Einladung und Danke an Herrn Minister Lucha für die Betonung, wie wichtig der ESF als Förderinstrument für soziale Innovation in Baden-Württemberg ist. Wir sind sehr gespannt auf die Analyse der Online-Konsultation zum ESF-Programm 2021-2027 in Baden-Württemberg. Ich möchte gerne kurz eingehen auf:

1. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes und Sozialbereiches in Baden-Württemberg.
2. Den Europäischen Sozialfonds: Implementierung in Deutschland und in Baden-Württemberg.
3. Die Zukunft des Europäischen Sozialfonds in der Förderperiode 2021-2027.

1. Entwicklung des Arbeitsmarktes und Sozialbereiches in Baden-Württemberg

- Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg steht im deutschlandweiten wie im europäischen Vergleich auf einem Spitzenplatz.
- Im Jahr 2018 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg zum achten Mal in Folge auf ein neues Rekordhoch. Seit dem Jahr 2010 wurden im Land insgesamt 627.000 Arbeitsplätze geschaffen. Dies entspricht einem Zuwachs um 11%.
- Verglichen mit allen EU-Mitgliedsstaaten erreichte Baden-Württemberg die höchste Erwerbstätigenquote.
- Dieser Zuwachs war nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ, denn der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen war so hoch wie seit 1994 nicht mehr.



Arbeitslosigkeit

- Die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg hat sich wie auch die Beschäftigungszahl insgesamt sehr positiv entwickelt. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit ihrem letzten Höchststand im Jahr 2009 um fast ein Drittel zurückgegangen.
- Im April 2019 betrug die Arbeitslosenquote 3,1% und näherte sich somit der Schwelle von 3% an, welche nach gängiger Definition die Schwelle zur Vollbeschäftigung ist.
- Von dieser positiven Entwicklung profitierten im Jahr 2018 überdurchschnittlich stark auch die Langzeitarbeitslosen. Ihre Zahl sank um 11,7% auf 55.100. Stark zurück ging außerdem die Zahl der jüngeren Arbeitslosen bis unter 25 Jahren.
- Auch die Zahl der älteren Arbeitslosen im Alter von 50 bis unter 65 Jahren und der arbeitslosen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sank, allerdings weniger stark als der Durchschnitt. Hier gilt es auch in Zukunft weitere Anstrengungen zu unternehmen.
- Ein spezielles Augenmerk sollte ebenfalls auf die Arbeitslosen ohne Berufsabschluss gelegt werden. Sie machten im Jahr 2018 gut die Hälfte der Arbeitslosen in Baden-Württemberg aus und waren stärker als andere Gruppen von Arbeitslosigkeit bedroht.

Fachkräftemangel

- Eine der zentralen Herausforderungen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Baden-Württemberg ist der Fachkräftemangel. Die Landesregierung nimmt diese Herausforderung sehr ernst, wie sie beispielsweise mit der Gründung der Fachkräfteallianz Baden-Württemberg gezeigt hat.
- Das Jahr 2018 zeichnete sich bereits durch einen historisch hohen Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen aus. Im Jahresdurchschnitt registrierte die Bundesagentur für Arbeit in Baden-Württemberg 112.400 offene Stellen. Dies entsprach einem Zuwachs um 10.300 Stellen oder 10,1% im Vergleich zum Jahr 2017.
- Insbesondere Fachkräfte sind gesucht. 59% der gemeldeten Arbeitsstellen waren für Fachkräfte vorgesehen.
- Auch der Ausbildungsstellenmarkt ist vom Fachkräftemangel betroffen. Seit 2011 gibt es einen zu beobachtenden Ausbildungsstellenüberschuss, der sich bis 2018 vergrößert hat. Im vergangenen Jahr standen 66.200 registrierte Bewerber einem Angebot von 82.100 Ausbildungsstellen gegenüber, sprich 100 Bewerber kamen auf 124 Ausbildungsstellen.



- Zur Abmilderung des Fachkräftemangels sollten relevante sozioökonomische Gruppen stärker in die Erwerbsbevölkerung einbezogen werden. Dies betrifft insbesondere Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund.
- Männer sind in Baden-Württemberg weiterhin häufiger erwerbstätig als Frauen. Außerdem arbeiten mehr als die Hälfte aller in Baden-Württemberg erwerbstätigen Frauen (50,4%) in Teilzeit. Dieser Wert liegt über dem deutschen Durchschnitt und wird EU-weit nur von den Niederlanden übertroffen. Das Ergebnis ist ein geschlechtsspezifisches Lohngefälle in Baden-Württemberg (27%), welches höher ist als in allen EU-Mitgliedstaaten (Die höchsten Werte erreichen Tschechien mit 22,5% und Estland mit 26,9%).
- Was kann dagegen getan werden? Teilzeitarbeit für Frauen ist seit langem mit Fehlanreizen im Steuersystem verbunden. Zweitverdiener sehen sich aufgrund des Ehegattensplittings mit hohen Grenzsteuersätzen konfrontiert. Ein weiteres Problem, das einige Frauen zurückhält, ist die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung. In Baden-Württemberg lag die Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren im Jahr 2018 bei 29,1% und damit unterhalb des Bundesdurchschnitts (33,6%) und dem von der EU selbstgesteckten Barcelona-Ziel von 33%.
- Menschen mit Migrationshintergrund haben in Baden-Württemberg eine niedrigere Beschäftigungsquote als Menschen mit einheimischem Hintergrund, wobei der Frauenunterschied besonders groß ist. Selbst Migranten mit einem hohen Bildungsniveau sind in Baden-Württemberg seltener in einem Beschäftigungsverhältnis.

Digitalisierung/Veränderung der Arbeitswelt

- Eine weitere zentrale Herausforderung für den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg ist die Digitalisierung der Arbeit.
- Der starke industrielle Sektor in Baden-Württemberg spielte eine entscheidende Rolle bei der positiven Entwicklung der vergangenen Jahre.
- Baden-Württemberg hat mit 39% den höchsten Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung innerhalb der EU. 29,3% aller Beschäftigten im Alter von 15 bis 64 Jahren waren in Baden-Württemberg im Jahr 2016 in der Industrie tätig, deutlich mehr als im deutschen Durchschnitt (20,9%) und im EU-28-Durchschnitt (17,4%).
- Die Veränderung der Arbeitswelt in Folge von Digitalisierung, Globalisierung und technologischem Wandel fordert jedoch speziell die Industrie, sich in Teilen neu zu erfinden.



- Ohne Investitionen ist dies jedoch nicht möglich. Die Arbeitsplätze der Zukunft werden nur dann geschaffen, wenn wir in die Fähigkeiten von morgen und die Technologien von morgen investieren.
- Diese neuen Fähigkeiten kommen zum großen Teil von direkten Investitionen in den Menschen, speziell in den Bereichen Kinderbetreuung, frühkindliche Bildung und Erwachsenenbildung.

Soziale Herausforderungen

- Trotz der sehr positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt ist der Anteil der armutsgefährdeten Personen (gemessen am Landesmedian) in Baden-Württemberg seit 2007 von 13% bis 2017 auf 15,5% angestiegen.
- Ein besonders erhöhtes Armutsrisiko hatten 2017 Erwerbslose (48,5 Prozent), Alleinerziehende (43,1 Prozent) und Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft (32,6 Prozent).
- Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau (29,8 Prozent) sowie Familien mit drei oder mehr Kindern (26,9%) haben ebenfalls ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Außerdem hat sich das Armutsrisiko dieser beiden Gruppen im Vergleich zu 2007 um mehr als fünf Prozentpunkte erhöht. Dies gibt angesichts der sehr positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt Anlass für weitere Anstrengungen.
- Es besteht somit trotz der sehr guten Arbeitsmarktlage weiterer Förderbedarf, insbesondere für soziale Inklusion, Bekämpfung von Armut und die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsmarktintegration spezifisch benachteiligter Zielgruppen wie z.B. Menschen mit Migrationshintergrund. Außerdem gilt es, Arbeitnehmer auf die Digitalisierung und eine veränderte Arbeitswelt vorzubereiten.

2. Der Europäische Sozialfonds: Implementierung in Deutschland und in Baden-Württemberg

- Deutschland erhält für die Periode 2014-2020 aus der Kohäsionspolitik insgesamt rund 19,2 Mrd. EUR, davon 7,5 Mrd. EUR für den ESF.
- Baden-Württemberg erhält insgesamt 260 Mio. EUR für den ESF. Schaut man sich die Verteilung der ESF-Mittel in der Periode 2014-2020 pro Einwohner an, dann erhalten Baden-Württemberg und Bayern pro Person den niedrigsten Wert aller deutschen Bundesländer. Dies ist Ausdruck der allgemein sehr guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation in Baden-Württemberg.



- Das operationelle Programm von Baden-Württemberg in der aktuellen ESF-Förderperiode spricht die in meiner Analyse skizzierten Herausforderungen bereits explizit an.
- Die ESF-Förderung in der aktuellen Förderperiode in Baden-Württemberg konzentriert sich auf sieben spezifische Ziele:
 - A 1.1 Nachhaltige Integration von Langzeitarbeitslosen, prekär Beschäftigten und Berufsrückkehrer/innen in den Arbeitsmarkt;
 - A 2.1 Verbesserung der Übergangs- und der Ausbildungssituation von jungen Menschen mit besonderem Förderbedarf;
 - A 5.1 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Erwerbstätigen und mittelständischer Wirtschaft;
 - B 1.1 Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und der Teilhabechancen von Menschen, die besonders von Armut und Ausgrenzung bedroht sind;
 - C 1.1 Vermeidung von Schulabbruch und Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit;
 - C 4.1 Verbesserung der Berufsorientierung und der Vorbereitung des Übergangs in Ausbildung;
 - C 4.2 Unterstützung des lebenslangen Lernens.
- Eine Besonderheit der Umsetzung des ESF in Baden-Württemberg ist die regionale Förderung in den spezifischen Zielen B1.1 und C1.1. Sie ermöglicht es, auf die regionalen Besonderheiten und Förderbedarfe einzugehen.

3. Die Zukunft des Europäischen Sozialfonds in der Förderperiode 2021-2027 in Baden-Württemberg

- Im Mai 2018 hat die Europäische Kommission Vorschläge für eine Allgemeine Verordnung (sog. „Dachverordnung“) und sektorale Programme (EFRE, Kohäsionsfonds) sowie für den ESF+ vorgelegt.
- Der ESF+ bringt 5 EU-Fonds zusammen: ESF, YEI, FEAD, EaSI und EU-Gesundheitsprogramm. Die ESF+ Verordnung wird die derzeitigen Regelungen zum ESF-, FEAD-, EaSI- und EU-Gesundheitsprogramm ersetzen.
- Die ESF+ Verordnung sieht vor, dass sich die Ressourcen auf die wichtigsten Herausforderungen konzentrieren, die in den Länderspezifischen Empfehlungen genannt sind und die Ziele der



Europäischen Säule sozialer Rechte berücksichtigen. Mindestens 25% der ESF+ Mittel müssen außerdem für die soziale Inklusion bereitgestellt werden.

- Im diesjährigen Länderbericht hat die Europäische Kommission Schwerpunktbereiche für öffentliche und private Investitionen in Deutschland identifiziert. Darüber hinaus enthalten die Länderspezifischen Empfehlungen vom 5. Juni 2019 Empfehlungen zu Investitionen in Deutschland.
- Wir erwarten, dass diese die Grundlage für die Programmierung der ESF-Mittel für 2021-2027 bilden. Gleichzeitig berücksichtigen wir auch regionale Unterschiede. Die für Deutschland identifizierten Herausforderungen betreffen auch Baden-Württemberg. Diese sind:
 - Die Erwerbspotenziale von Frauen stärker zu nutzen;
 - Die Qualität und Arbeitsmarktrelevanz allgemeiner und beruflicher Aus- und Weiterbildung zu verbessern;
 - Die Förderung von Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, einschließlich digitaler Kompetenzen, zu verbessern; Förderung des lebenslangen Lernens; bessere Antizipation von Veränderungen;
 - Förderung der sozio-ökonomischen Integration von Drittstaatsangehörigen; und
 - Soziale Integration und Innovation zu fördern, einschließlich der am stärksten benachteiligten Personen und Kinder.
- Die Europäische Kommission ist bereit, den informellen Dialog zu beginnen. 2019 und 2020 sollten möglichst gut zum Dialog genutzt werden.
- Bis Ende Juni 2019 werden die Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, einen Fahrplan für die Programmerstellung vorzulegen.
- Gemeinsames Ziel ist es, alle Partnerschaftsvereinbarungen und Programme bis Ende 2020 zu genehmigen.

Ein herzliches Dankeschön für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Egbert Holthuis